

Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll

Russland und Deutschland – Gemeinsame Interessen (und Werte?)

Prof. Egon Bahr

Ein Beitrag aus der Tagung:

Russland und Deutschland

Hoffnungen und Missverständnisse

Bad Boll, 6. – 7. Oktober 2006, Tagungsnummer: 520406

Tagungsleitung: Kathinka Kaden

Bitte beachten Sie:

Dieser Text ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers/der Urheberin bzw. der Evangelischen Akademie Bad Boll.

© 2006 Alle Rechte beim Autor/bei der Autorin dieses Textes

Eine Stellungnahme der Evangelischen Akademie Bad Boll ist mit der Veröffentlichung dieses Textes nicht ausgesprochen.

Evangelische Akademie Bad Boll
Akademieweg 11, D-73087 Bad Boll
E-Mail: info@ev-akademie-boll.de
Internet: www.ev-akademie-boll.de

Russland und Deutschland – Gemeinsame Interessen (und Werte?)

Prof. Egon Bahr

Ursprünglich sollte ich nur über Werte reden. Dann habe ich der Akademie gesagt, das reicht mir nicht, weil ich finde, dass Werte eine sehr variable Größe sind. Sie ändern sich. Sie sind auch modeabhängig und sind auch abhängig von dem Ort, an dem man sie formuliert. Interessen sind etwas, was ein bisschen längerfristig läuft und ein bisschen verlässlicher ist. Werte sind Überzeugungen, nach denen Einzelne, Gesellschaften und Staaten ihr Verhalten ausrichten. Sie sind situationsbedingt. Der Reiche folgt anderen Werten als der Arme, eine Wohlstandsgesellschaft anderen Prioritäten als eine Mangelgesellschaft, ein unterdrückter Staat verfolgt andere Ziele als ein selbstbestimmter. Der Versuch der Vereinten Nationen am Ende des Zweiten Weltkriegs, eine allgemeine Weltordnung oder Wertordnung zu schaffen, brachte Einigung auf die Erhaltung des Friedens als erstem Gebot. Präsident Truman formulierte bei ihrer Gründung, die Organisation könne den Frieden der Welt schaffen, „wenn die Regierungen es wollen.“ In der Tat war das Gewaltmonopol durch den Sicherheitsrat flexibel oder realistisch genug konstruiert, um durch das Veto keine Großmacht überstimmen zu können. Ohne dieses Veto, das uns so viel Ärger bereitet hat, hätten die Vereinten Nationen nicht überlebt, weil Großmächte es nun einmal an sich haben, sich nicht demokratisch überstimmen zu lassen. Die Geschichte seither zeigt also eindrucksvoll, dass Interessen und Macht stärker waren als die Prinzipien der UN. Dennoch bleibe ich nicht nur als Angehöriger eines militärisch schwachen Landes bei der Definition, dass Frieden zwar nicht alles ist, aber alles nichts ist ohne Frieden. Für Deutschland ist das also der oberste Wert, nur unterzuordnen, falls die Freiheit bedroht ist. Ob Russland als ungleich stärkerer Staat den Frieden als Wert genauso definiert oder sich seine Fähigkeiten zur Gewaltanwendung unter anderen Kriterien vorbehält, wäre diskussionswürdig. Mir würde es genügen, wenn beide Länder diesen Wert ähnlich sehen also nicht gleich.

Demokratie gehört bekanntlich nicht zu den Geboten der Charta. Demokratie ist qualitativ unterhalb der Verpflichtungen als wünschenswert formuliert, als Freiheit von Not und Furcht. Freiheit von Not rangiert vor der Freiheit von Furcht. Es ist klar, der Kampf gegen den Hunger ist unbestreitbar der Meinungsfreiheit übergeordnet. Die Bundesrepublik hat diese Werteordnung umgedreht. Weil wir selbst nie von Hunger bedroht waren, haben wir auf die Verwirklichung von Meinungsfreiheit dort gedrängt, wo sie nach unseren Vorstellungen fehlt. Das ist etwas, was mir schon als Entwicklungsmi-
nister in der Nachfolge von Erhard Eppler begegnet ist, dass wir immer darauf gedrängt haben, dass die Meinungsfreiheit, sprich die demokratische Entwicklungsmöglichkeit in den Ländern angemahnt wird, während sie in Wirklichkeit gegen den Hunger gekämpft haben, und es ist völlig klar, dass das Recht auf Leben, die Möglichkeit, nicht zu verhungern, sehr viel wichtiger ist als die Meinungsfreiheit, oder man kann sagen, nur wer nicht verhungert, kann um Demokratie kämpfen. Die Freiheit, unter den Brücken zu sterben, wird wenig Verständnis in kollektiv entwickelten Gesellschaften finden. Außerdem ändern sich die Wertvorstellungen nach geschichtlichen und gesellschaftlichen Umbrüchen.

Das haben wir nicht nur in der DDR, sondern auch in Russland erlebt. Wertvorstellungen sind also nicht ein absoluter, objektiver, stabiler Maßstab oder eine Maßeinheit.

Ich komme zum Ergebnis: Werte müssen von beiden Seiten ähnlich gesehen werden, damit sie eine Richtlinie des Handelns werden können. Werte, die unterschiedlich gesehen oder empfunden werden, sind ungewöhnlich nützlich im ideologischen Streit darüber. Wer nicht streiten will, thematisiert die Unterschiedlichkeit nicht als gegensätzlich, feindlich oder böse. Es ist also völlig klar, dass wenn ich unterschiedliche Werte oder Wertvorstellungen habe, und das ist zwischen Deutschland und Russland unbestreitbar, sind nicht die Werte entscheidend, sondern das, was ich daraus mache. Wenn ich sie also als gegensätzlich und böse interpretiere, sind sie vortrefflich geeignet, um sich im wahrsten Sinne des Wortes „auseinander-zusetzen“. Im Grunde ist die Wertediskussion meiner Auffassung nach im wesentlichen abhängig davon, wie ist mein politischer Wille? Will ich eigentlich mit diesem Partner Russland politisch zu ähnlichen Gemeinsamkeiten kommen oder will ich es nicht? Wenn ich es nicht will, werde ich immer genügend Möglichkeiten und Ansätze haben, um die Unterschiedlichkeiten der Wertvorstellungen zu benutzen, um mich auseinanderzusetzen. Das heißt, der politische Wille ist entscheidend im Verhältnis zwischen den Ländern überhaupt und zwischen Deutschland und Russland insbesondere auch.

Für uns heißt ein hoher Wert Demokratie. Im Verhältnis zwischen Deutschland und Russland ist dieser Begriff schwammig genug, um darüber zu streiten. Es begann als Jelzyn Russland zur Demokratie erklärte und der Westen diese törichte Deklaration ernst nahm und Russland daran zu messen begann. In Wahrheit begann eine chaotische Phase hemmungsloser Bereicherung. Als ich zwei, drei Jahre später in Moskau war, musste ich feststellen, dass der Normalverbraucher Demokratie gleichsetzte mit Not, Korruption und Unordnung. Das war wirklich nicht die Erfolgsstory, die sich der Westen von der Einführung der Demokratie in Russland erträumt hatte. Man hätte mehr auf Präsident Bush, den Älteren, hören sollen, der nach dem Ende der Sowjetunion erklärt hatte, Russland müsse sich nach seinen Traditionen entwickeln. Demokratie gehört jedenfalls nicht dazu. Von der Fußnote Stolypin vor dem Ersten Weltkrieg abgesehen und dem gestern von Gerhard Schröder erwähnten Kerenski, der eine kurze Zeit in Not und Elend und Bürgerkrieg gewirkt hatte, hatten doch nur die Bolschewiki die Zaren abgelöst, und beide waren keine Demokraten. Als Putin den zerrütteten Laden übernahm, ein Staat am Rande des Chaos, ohne demokratische Strukturen, musste er vor allem Ordnung schaffen und wirtschaftlichen Erfolg bewirken. Außerdem stand er vor der Aufgabe, was gestern angeklungen ist, als der russische Staatssekretär sprach, das zerstörte Selbstbewusstsein einer deprimierten Bevölkerung wiederzubeleben. Wie sollten eigentlich die Menschen begreifen, dass viele in einem Land, das unter unsäglichen Opfern den Vaterländischen Krieg gewonnen hatte, sich den Lebensstandard unter Breschnjew zurückwünschten. „Wenn es uns doch noch einmal so gut gehen würde wie unter Breschnjew“ war das, was man unter Jelzyn hören konnte. Außerdem hatten sie international eine Kette von Demütigungen erlebt. Putin wählte also den Weg der Wiederbelebung des nationalen Stolzes. Diese Renaissance Russlands ist ihm gelungen. Er hat verhindert, dass wichtige Rohstoffvorkommen unter amerikanische Kontrolle gerieten. Das war das Thema Chodorkowskys.

Vielleicht mache ich an dieser Stelle im Anklang an das, was wir gestern besprochen haben, noch eine Bemerkung über die Voreingenommenheit unserer Medien. Im Prinzip hätte man doch bei uns positiv werten müssen, wenn in einer Phase des Chaos der neue erste Mann in Russland von der Diktatur der Gesetze sprach, die angewandt werden müsse. Das heißt nämlich Rechtsordnung. Stattdessen wurde er kritisiert erstens wegen des Wortes Diktatur und zweitens, dass er den Chodorkowsky nach unseren Gesichtspunkten nicht rechtmäßig demokratisch behandelt hätte. Nun gebe ich sofort zu, jawohl, das ist nach unseren Maßstäben nicht so zugegangen, wie es hier hätte zugehen müssen und

zugegangen wäre. Aber wie soll denn das anders funktionieren als dass ich nun sage, statt der Diktatur einer Partei die Diktatur der Gesetze? Was denn anders, wenn der direkte Weg zur Demokratie gar nicht denkbar ist? Wie soll er denn? Wenn ich eine Sekunde an den Ausspruch von Bush, dem Vater, erinnern darf, dann komme ich zu dem Ergebnis, dass nicht nur die Demokratie nach unserem Sinne gar nicht dabei ist, sondern dass es auch in Russland keine Demokratie geben wird, auch nicht in zehn oder in zwanzig oder in fünfzig Jahren, die identisch ist mit dem, was wir unter Demokratie verstehen. Und ich möchte daran erinnern, wir haben ja auch mit verschiedenen Demokratien und Arten von Demokratien zu tun. Der Zustand in Singapur ist auch eine Demokratie, und zwar ganz unbezweifelbar, aber eine, unter der ich nicht leben möchte. Mit anderen Worten: Ich sehe, dass unsere öffentliche Meinung oder veröffentlichte Meinung sehr einseitig ist, nicht nur unter dem Gesichtspunkt dessen, was wir in der Vergangenheit erlebt haben.

Wir haben hier eine Tradition der Aversion gegen Russland, und zwar eine Aversion, die quer durch unsere Gesellschaft geht. Und wenn Sie sich erinnern, dass in der Geschichte der Arbeiterbewegung, also seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, selbstverständlich die damalige Sozialdemokratie das Zarentum abgelehnt hat, nämlich die Diktatur, dann war die Aversion von links damals sehr viel stärker als bei den Konservativen, s. Bismarck, die mit Russland sehr positiv und kooperativ umgegangen sind. Und das hat sich natürlich dann auch fortgesetzt in dem Augenblick, in dem die Arbeiterbewegung gespalten wurde, zwischen KPD und SPD, und das ging nahtlos über zwischen rechts und links – ich will gar nicht von Sozialfaschisten und diesen ganzen Auseinandersetzungen reden – in den Dreißiger Jahren, sondern es ging nahtlos über zu den Nazis, und dieses wiederum ging fast nahtlos über in den Antikommunismus der unmittelbaren Nachkriegszeit, unterstützt von den Interessen des Kalten Krieges.

Nun ist es ja so, dass schon immer die amerikanische Fähigkeit der public relations stärker und besser entwickelt war als die russische. Und wenn man genau hinguckt, sieht man, wie stark unsere veröffentlichte Meinung geprägt ist von den amerikanischen Vorbildern. Ich erinnere zum Beispiel, dass, als es um Tschetschenien ging, unsere Zeitungen von den Freiheitskämpfern und von den Rebellen geschrieben haben, und alle russischen Hinweise darauf, dass das Terroristen sind, nichts bewirkt haben, jedenfalls nicht in unserer veröffentlichten Meinung, bis Beslan kam und ein paar Anschläge in Moskau, und seither ist die Sache in diesem Punkte ausgewogen, in anderen Punkten nach wie vor nicht ausgewogen.

Ich komme zurück zu der Renaissance Russlands, die Putin gelungen ist, die steigenden Öl- und Gaspreise haben ihm dabei natürlich geholfen, und zwar bis zu einem Grad, der ihm, würde er sich demokratisch zur Wahl stellen, heute die sichere Wiederwahl bringen würde, und zwar sogar dann, wenn er der Versuchung erliegen und sich unter Bruch der Verfassung zum dritten Mal zum Präsidenten wählen lassen würde, kein Zweifel, dass er eine solche Wahl gewinnen würde. Ich empfehle, ihm viel Erfolg für die Bekämpfung der Korruption zu wünschen und bei der Festigung des Rechtsstaates. Ein verlässlicher Rechtsstaat, der international die Regeln der UN befolgt, ist wichtiger als eine nur formale Demokratie. Mandela hätte den undemokratischen Apartheidsstaat kaum überlebt, wenn Südafrika kein Rechtsstaat gewesen wäre. Für die Perspektive der deutschen Beziehungen zu Russland reicht das, solange sich Russland dazu bekennt, seinen Traditionen entsprechend auf dem Wege zu einer Demokratie zu sein, wenn das Land seinen berechenbaren Interessen folgt. Gerhard Schröder hat gestern auf eine entsprechende Frage elegant reagiert. Er hatte Putin als einen lupenreinen Demokraten bezeichnet und hat das nicht wiederholt, sondern hat erklärt, er sei fest davon überzeugt, er sei auf dem Wege zur Demokratie. Das glaube ich auch. Wo gibt es denn einen lupenreinen Demokraten? Ich glaube, dass seine Kinder noch keine Demokraten in unserem Sinne sein werden, seine Enkel

vielleicht, aber auch nicht nach unserem Sinne, denn sie werden eben eine russische Demokratie entwickeln. Die ist nicht identisch mit dem, was wir verstehen.

Russland folgt also seinen berechenbaren Interessen. Deutschland hat gelernt, seit dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem 11. September 2001 grundsätzlich auch seinen Interessen in einer multipolaren Welt zu folgen, mit dem Vorrang, Stärkung eines selbstbestimmten Europas und der Anerkennung einer Verantwortung, die darüber hinausreicht und den eigenen Kräften entspricht. Dazu gehört die strategische Partnerschaft mit Russland. Sie ist, wie von Gerhard Schröder formuliert, in der Regierungserklärung der Großen Koalition wortgleich bekräftigt worden. Diese strategische Partnerschaft kann an das Angebot anknüpfen, das Präsident Putin im September 2001 in seiner Rede im Reichstag entwickelt hat. Seine Bereitschaft einer umfassenden Zusammenarbeit wirtschaftspolitisch, sogar sicherheitspolitisch schließt die Möglichkeit der Erschließung Sibiriens ein, mit den notwendigen verkehrstechnischen Strukturen.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass Russland der einzige europäische Staat ist, der in der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit, neben China und Indien, sitzt. Dieses Gremium wird wachsenden politischen Einfluss gewinnen und markiert das geografisch unverrückbare Faktum, dass Russland schon dank seines Energiereichtums gar nicht anders kann und darf als seine Interessen in Asien mit denen in Europa auszubalancieren. Es geht also meines Erachtens nicht darum, Russland in Europa einschließen zu wollen oder von seinen Interessen in Asien abbringen zu wollen. Das geht gar nicht, dazu ist es zu groß, sondern es geht darum, diese Dualität des Sehens aus Moskauer Sicht, die nicht abzuschaffen ist, anzuerkennen und in diesem Rahmen Russland so stark und verlässlich wie möglich auf Europa zu konzentrieren und zu binden, soweit das möglich ist. Genauso wie Russland gar nicht anders kann als der einzige Staat, der über interkontinentale Atomraketen verfügt, die Amerika erreichen können, der einzige Staat also, der auf diesem Gebiet mit Amerika gleichgewichtig oder gleichwertig ist und dafür sorgt, dass wir hier unter dem Schirm oder der Bedrohung des interkontinentalen amerikanisch-russischen Atomschirms leben, basierend auf der gegenseitigen Abschreckung wie eh und je. Insofern hat sich nichts geändert. Das sind die machtpolitischen Interessen Russlands, die einzige Gleichwertigkeit und Gleichgewichtigkeit zu Amerika, bestehend auf dem Gebiet der interkontinentalen Atomwaffen. Das zweite Gebiet ist die Dualität seiner Interessen Asien und Europa, und der dritte Punkt ist dann hoffentlich unsere Fähigkeit, Russland zu interessieren und zu binden, sich auf Europa hin zu orientieren.

Aus deutscher Sicht ergibt diese Lage meines Erachtens eine Chance von geschichtlicher Relevanz, im Rahmen unserer Fähigkeiten zu erreichen, dass die Orientierung Russlands zu Europa und seine Bindungen an Europa so stark und verlässlich wie möglich entwickelt werden. In dieser Dimension kann das Jahr 2007 Weichen stellen. Wenn Berlin während seines Vorsitzes im EU-Rat dafür sorgt, dass die Erneuerung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens einen höheren Status erhält als bisher und nicht durch Beharren auf alten Positionen scheitert, was beiden Seiten schaden würde. Ich erinnere, dass Gerhard Schröder genauso wie Staatssekretär Jastrschembkij schon gestern darauf hingewiesen haben, und die Positionen sind im Augenblick noch nicht kompatibel. Die EU beharrt darauf, Russland Schwierigkeiten zu machen bei Engagements, die wir umgekehrt in Russland für selbstverständlich erwarten und voraussetzen, und wenn die sich gegenseitig bürokratisch blockieren, dann kann ohne Ergebnis einer neuen, weiterreichenden Vereinbarung die Sache in die Binsen gehen. Dann wird Russland gar nicht anders können als sich umzuorientieren. Denn bei allem, was gestern gesagt worden ist, wir brauchen Russland und Russland braucht uns – na bitteschön, was die Energie angeht, brauchen wir Russland mehr als es uns braucht, und Not wird Russland nicht leiden, wenn es von uns nichts abgekauft bekommt, sondern dann gibt es andere, die abkaufen können.

Darüber hinaus sollte die deutsche Regierung ihre bilateralen Möglichkeiten nutzen, wie sie mit der Ostsee-Pipeline begonnen worden sind, und zwar um die Zeit zu nutzen, in der das Angebot Putins noch gilt. Ich weiß nicht, wie der Nachfolger, wenn es 2008 einen gibt, aussieht, und was er macht. Gestern ist vom Fenster der Gelegenheiten gesprochen worden. Das Fenster der Gelegenheiten kann sich schon schließen, wenn 2008 die Nachfolge Putins entschieden wird. Wir haben gestern davon gesprochen, was völlig richtig ist, dass Europa – Russland eigentlich ein viel interessanteres Thema ist als das Thema Deutschland – Russland. Bloß eines muss man natürlich auch sehen, die Möglichkeiten, die Deutschland bilateral hat, hat eben kein anderer Staat. Ich kann mich noch sehr genau daran erinnern, wie es zwischen Breschnjew und Brandt war, da brauchten wir Dolmetscher. Gerhard Schröder brauchte mit Putin keinen Dolmetscher mehr. Und Angela Merkel kann russisch. Alle anderen brauchen Dolmetscher. Wir sind uns ja darüber im Klaren, wie wichtig die Sprache zur Verständigung ist. Die Chance, die Deutschland hat, solange Putin da ist, muss bilateral genutzt werden, übrigens auch im Interesse Europas. Auch europäische Partner, die heute noch skeptisch sind, werden erkennen, dass eine starke deutsch-russische Partnerschaft ein Gewinn für Europa ist, weil Stabilität und Sicherheit für ganz Europa ohne Russland nicht erreichbar sind, auch wenn man nicht mehr von der Vision eines europäischen Hauses spricht.

Damit komme ich auf einen Punkt, der gestern nur ein einziges Mal in der Vokabel Amerika erwähnt worden ist. Wir werden eine verlässliche Partnerschaft mit Russland nicht erreichen ohne eine Emanzipation von Amerika, und zwar schon aus dem gewichtigen Grund, dass die amerikanischen Interessen und Verantwortungen, die global sind und auch als globale Interessen anerkannt werden müssen, und diese Verantwortungen natürlich unausweichlich dazu führen, dass Amerika sich in einer konfrontativen politischen Linie zu Russland bewegt. Die Allianz gegen den Terror ist unbestritten, das ist auch ein Punkt, in dem beide Länder zusammenarbeiten und auch weiter zusammenarbeiten werden, aber im übrigen ist völlig klar, dass Amerika sogar potenziell auf Konfrontationskurs ist, weil es interessiert daran ist, seine Vorstellungen von Neuordnung des Mittleren Ostens und einen zunehmenden Einfluss in Zentralasien zu erreichen. In unserer veröffentlichten Meinung wird das selbstverständlich nicht in Frage gestellt, es wird nur die Unerhörtheit in Frage gestellt, dass Russland das nicht mag und versucht, es zu verhindern. Russland wird aus amerikanischer Sicht als ein Störenfried betrachtet, Volker Rühle hat das ganz kurz angedeutet, während es für Amerika offenbar selbstverständlich ist, dass es dort die Ordnung in seinem Sinne und in seinen Interessen ändern will. Potenzielle konfrontative Haltungen gegen lebenswichtige Interessen Russlands sind doch nicht kompatibel mit strategischer Partnerschaft. Wer strategische Partnerschaft will und für richtig hält im europäischen Interesse, im deutschen Interesse, der kann sich der konfrontativen Politik Amerikas gegen Russland nicht anschließen, er muss sich emanzipieren.

Emanzipation haben wir ja erlebt, als es um den Irak ging, Gott sei gelobt, und werden wir hoffentlich erleben, wenn Amerika seine Interessen weiterverfolgt zur Aufstellung eines Raketensystems. Sie fangen diesmal mit Polen an. Damals gab es Polen noch nicht, jedenfalls nicht zur Verfügung der Amerikaner. Das wird ein Spaltpilz Europas werden. Das heißt, die Enge der Beziehungen zwischen Europa und Amerika, zwischen Amerika und der Bundesrepublik, die es während des Kalten Krieges gegeben hat, wird sich nicht wiederherstellen lassen, und zwar hat das nichts mit den „bösen Amerikanern“ und den „bösen Europäern“ zu tun, sondern es hat damit zu tun, dass nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die Interessenorientierung anders geworden ist. Amerika hat jetzt globale Interessen und sieht künftige neue Konkurrenten heranwachsen und konzentriert strategisch sich auf die Kontrolle des eurasischen Kontinents, während Europa und Deutschland sich natürlich europäisch und die europäische Handlungsfähigkeit orientieren müssen. Früher haben wir das Selbstbestimmung

genannt. Europäische Selbstbestimmung ist schon während des Kalten Krieges definiert worden, aber damals war das natürlich wirtschaftspolitisch gedacht, denn sicherheitspolitisch war Europa abhängig von den Garantien der Amerikaner. Das ist jetzt weggefallen. Wir können jetzt auch sicherheitspolitisch selbstbestimmt werden, und wir können die Selbstbestimmung sicherheitspolitisch natürlich nur von den Amerikanern oder gegenüber den Amerikanern erreichen, von oder gegenüber wem denn sonst. Das wird ein anderes Thema, eine andere Frage werden, wird aber auch im wesentlichen im nächsten Jahr vorangebracht werden oder nicht.

Diese gemeinsamen Interessen, also Stabilität und Sicherheit für ganz Europa, mit Russland, stehen im Spannungsverhältnis zu der früheren Politik Bonns, das sich im Zweifel an die Seite Amerikas gestellt hat. Amerika verfolgt im Kaukasus und in Zentralasien eine potenziell konfrontative Politik gegenüber Russland, das widerspricht der Idee der strategischen Partnerschaft. Wenn Stabilität und Sicherheit als gemeinsame Ziele von Deutschland und Russland definiert werden, nehmen sie einen hohen Rang in der politischen Werteskala ein, und zwar nicht nur für die beiden Länder. Das heißt, die Ähnlichkeit der Interessen, Stabilität und Sicherheit, gewinnen einen hohen Werterang, und zwar nicht nur für unsere beiden Länder, sondern dann für den europäischen Kontinent.